

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., zugewogen 3,40 Mk. 140 Pfg. für Porto. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben und werden zu jeder Zeit bezogen und bezahlte. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung von Zeitungen oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingehender Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beträgt.

Bezugspreis: Die 4-spaltige Nummern 20 Pfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklameweile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachdruckgebühr 20 Reichsmark. Werbung und Verlagsangelegenheiten werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch die Zeitung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verlagsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 252. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 27. Oktober 1927

## Entschleiertes Geheimnis.

Man hätte ja gar nicht mit so viel Geheimnistuerei zu arbeiten brauchen; erst dadurch entstand die „Sensation“, die — gar keine ist. Denn eine Sensation ist es wirklich nicht, wenn der Reparationsagent der Reichsregierung gegenüber seine „Bedenten“ hinsichtlich der Weiterentwicklung der deutschen Finanzen geltend macht; das tat er schon in den von ihm herausgegebenen Berichten, Zeitungsinterviews und sonstigen Äußerungen. Eine Sensation aber war es, daß er auch das ausführte, was er noch in seinem diesjährigen Jahresbericht mit den Worten angedeutet hatte: „Es ist nicht etwa Mangel an Einnahmen, sondern das beständig steigende Niveau der Ausgaben, das mit künftigen Haushaltschwierigkeiten droht; es ist mithin von allen Seiten betrachtet wichtig, daß hier zu rechter Zeit Einhalt geboten wird.“ Daß er jetzt den angekündigten Schritt ausführt, „Einhalt zu gebieten“, ist die eigentliche Sensation, nicht aber die weitere Tatsache, daß der Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Reparationsagenten ersuchte, ihm die mündlich vorgetragenen „Bedenten“ in einer besonderen Denkschrift niederzulegen, die dann Gegenstand ausgiebiger Antworten werden sollte. Die Reichsregierung wird mit diesem Zwischenbericht Pariser Silberbergs erst an die Öffentlichkeit treten, wenn auch die Antwort darauf fertiggestellt ist.

Obwohl dieser Bericht sich kaum wesentlich von dem des Janis v. S. unterscheidet, wird, der wegen der Schärfe der in ihm geäußerten Kritik an der Finanzwirtschaft des Reiches bereits Gegenstand zahlreicher Besprechungen zwischen Dr. Köhler und Pariser Silberberg war, kann man sich vorstellen, wie erst der endgültige Bericht des Generalagenten über das dritte Reparationsjahr, der in wenigen Wochen fertig ist, nach dem ausfallen wird, was Pariser Silberberg gegen die deutsche Finanzgestaltung inzwischen vorbrachte. Im Sachverständigenrat, das den Dawes-Plan herbeiführte, heißt es: „Die Politik, die Stabilität des deutschen Haushalts aufrechtzuerhalten und sie auf jede mögliche Weise vor Entzündungen, die zur Gefährdung des Haushaltsausgleichs führen könnten (1), zu schützen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie der deutschen Regierung selbst zuzukommen und deren Erfüllung man in ihrem eigenen Interesse annehmen darf. Nichtsdestoweniger (2) muß jedoch nach dem Plan jede Tendenz sorgfältig beobachtet werden, die die Stabilität des Haushalts bedrohen könnte.“ Da er diese Tendenz als vorhanden ansah, hat er eben eingegriffen oder, wie die „New York Times“ schrieb, sich in die innere deutsche Politik eingemischt. Auf Einzelheiten kommt es also dabei nicht an, sondern nur auf die allgemeine Tendenz in der Entwicklung des deutschen Haushalts, in erster Linie dabei auf eine etwa drohende Zahlungsunfähigkeit Deutschlands für Reparationszwecke, und weiter auf die Tendenz seiner Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister. Pariser Silberberg glaubt nicht an eine weitere so günstige Entwicklung der deutschen Wirtschaft und Finanzen, daß die großen zusätzlichen Ausgaben, die auf der Ausgabe Seite des Reiches demnächst aufstauen würden, ohne weiteres aus erhöhten Einnahmen gedeckt werden könnten. Dr. Köhler ist gegenteiliger Ansicht. Der Reparationsagent hält die gegenwärtig gute Wirtschaftskonjunktur in Deutschland um so mehr für eine bald vorübergehende, als die Verschuldung von Reich, Ländern und Gemeinden bereits ein überaus großes Ausmaß erreicht habe und schließlich gedrosselt werden müsse. Zweifellos hat er auch wie schon wiederholt über die „Unzureichlichkeit des deutschen Etats“ geklagt und gerüchelt, daß er auch seiner Ansicht Ausdruck gegeben habe, den Ländern und den Gemeinden werde ein allzu hoher Prozentsatz der Reichseinkünfte überwiesen. Damit würde er allerdings gerade die gegenteilige Meinung haben, als sie die Länder und die Gemeinden in zahlreichen Rundgebeten zum Ausdruck brachten. Es hieße die Dinge nicht mit klaren Augen betrachten, wollte man leugnen, daß zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Reparationsagenten eine so verschiedene Auffassung der augenblicklichen und künftigen wirtschafts- und finanzpolitischen Lage Deutschlands besteht, daß man geradezu von einer Spannung reden muß. Leider ist Pariser Silberberg dabei der Stärkere.

## Der Mörder Petljuras freigesprochen.

Paris, 26. Oktober. Im Petljura-Prozess ist heute abend der Angeklagte Schwarzbar, der den ukrainischen General Petljura getötet hatte, freigesprochen worden. Das Urteil wurde mit großem Beifall aufgenommen. Schwarzbar wurde lediglich zu einem feinsten Schödenstrich, den er die Zivilparteien zu zahlen hat, verurteilt.

Paris, 27. Oktober. Der Freispruch im Petljura-Prozess hat hier nicht überrascht, da er bereits seit drei Tagen erwartet wurde. Die Aufnahme des Wahrspruchs der Geschworenen in den heutigen Morgenblättern ist je nach der Parteieinstellung der Blätter verschieden. Bestimmte Artikel an dem Freispruch über die Reichspressen, während die Linkspresse einstimmig den Freispruch begrüßt.

## Die Finanzlage des Reiches

### Gesteigerte Ausgaben — gute Finanzen.

Erklärungen des Reichsfinanzministers. Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte im Rahmen der Beratung der Besoldungsvorlage Reichsfinanzminister Dr. Köhler, daß ihm daran liege, angesichts der Besorgnisse des Reichstags wie auch des Auslandes, die Gründe darzulegen, die zu der

Ausgabensteigerung geführt haben, die sich größtenteils als das Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung erklären. Diese Ausgaben haben betragen im Jahre 1924 4,3 Milliarden, im Jahre 1925 4,95 Milliarden, 1926 5,7 Milliarden und 1927 5,76 Milliarden Reichsmark. Der stärkste Sprung um rund 750 Millionen hat sich von 1925 auf 1926 vollzogen. Seit 1924 befinden wir uns

im Zeichen des Wiederaufbaues der durch den Krieg und die Inflation zerstörten Güter. Zu dieser Wiederaufbauarbeit gehört auch die Sorge um das wertvolle und verbliebene Gut, um die Arbeitskraft des deutschen Volkes. Dieser Wiederaufbau hat zwangsläufig zu steigenden Ausgaben geführt. Auch die jetzt eingebrachten Vorlagen sind ein Teil dieses Wiederaufbaues und erst wenn wir diese Entwicklung zu einem gewissen Abschluß gebracht haben, läßt sich von einem Normalstaat sprechen, der keine weiteren Ausgabeerhöhungen zuläßt. Die Ausgaben für Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge haben im Jahre 1924 105 Millionen betragen und werden für 1927 auf 615 Millionen geschätzt. Niemand wird aber behaupten können, daß angesichts der Zeiten der suchtbaren Arbeitslosigkeit diese Ausgaben etwa unmäßig gewesen seien. Demgegenüber stehe ein allmähliches

Wachstum der inneren Kriegskosten, die seit 1924 sich um rund 800 Millionen vermindert haben. Der Minister betonte weiter, daß, wenn man den Begriff der Kriegskosten in etwas weiterer Sinne auffasse, und neben den Reparationszahlungen auch die Kriegrenten und Pensionen, die mit der Besetzung und Entwaffnung zusammenhängenden Ausgaben usw. berücksichtige, die im Haushalt nachgewiesenen Beträge dieser Art einen außerordentlich hohen Prozentsatz der Gesamtausgaben des Reiches ausmachten. Nach dem Rückblick auf die Finanzlage der letzten Jahre kam der Minister auf die Besoldungsvorlage zu sprechen, bei der es sich nicht um eine neue Mehrbelastung, sondern um eine Nachholung der unterlassenen Erhöhung in den vergangenen Jahren, um die Erhaltung der Arbeitskraft und Berufstüchtigkeit des Elementarismus und somit um eine Wiederaufbauaufgabe von eminentem staatspolitischen Bedeutung handle. Auch das Liquidationsrücklagenkonto sei eine Frage, die bei der Bedingtheit unserer Finanzlage bisher nicht erfüllt werden konnte. Nach der Vorlage werde aber eine wesentliche Belastung des Haushaltes nicht eintreten, da die Deckung durch die Verwertung der Vermögensobjekte des Reiches erfolgen soll. Auch das

sei nach der Reichsverfassung eine unabwiesbare Aufgabe. Die Kosten seien noch nicht zu überschauen. Es werde aber alle Verbrechen sein müssen, die Mehrbelastung in möglichst engen Grenzen zu halten. Jedenfalls trete aber die Mehrbelastung erst in drei Jahren ein. Die Schätzungen von 600 und mehr Millionen seien übertrieben. Die Frage, weshalb gerade das laufende Jahr mit all diesen Gesetzen, dem Finanzausgleich und dem Arbeitslosenversicherungsgesetz belastet werde, beantwortete der Minister dahin, daß es ihm weitaus angenehmer gewesen wäre, wenn hier eine Lastenverteilung stattgefunden hätte. Der Minister stellte weiter fest, daß die Deckung der durch die neuen Gesetze erforderlichen Ausgaben ohne Erschließung neuer Einnahmen allein durch das höhere Einkommen aus den geltenden Steuern und durch Ersparnisse auf der Ausgabe Seite möglich sein werde, sofern nicht eine katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftslage eintrete. Auch die Länder und Gemeinden würden mit derselben Einschränkung in der Lage sein, die ihnen durch die Durchführung der neuen Gesetze erwachsenden neuen Ausgaben zu decken. Es werde ferner möglich sein, weitere Ersparnisse durch eine Vereinfachung der Verwaltung zu erzielen. Angesichts der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarktes sei die Auflegung neuer Anleihen nicht beabsichtigt. Der Minister gab zum Schluß dieses Teiles seiner Ausführungen die Erklärung ab, daß Deutschland auch weiterhin ehestich bestrebt sei, die ihm aus dem Dawes-Abkommen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Der Minister erbat dann Vertrauensstimmungen für seine weiteren Ausführungen, die er über das Memorandum des Reparationsagenten zu machen beabsichtigte. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Vertrauensstimmungen für die weiteren Ausführungen beschloßen. Nur die Ausnahmestimmungen wurden den weiteren Ausführungen des Ministers beizugehört.

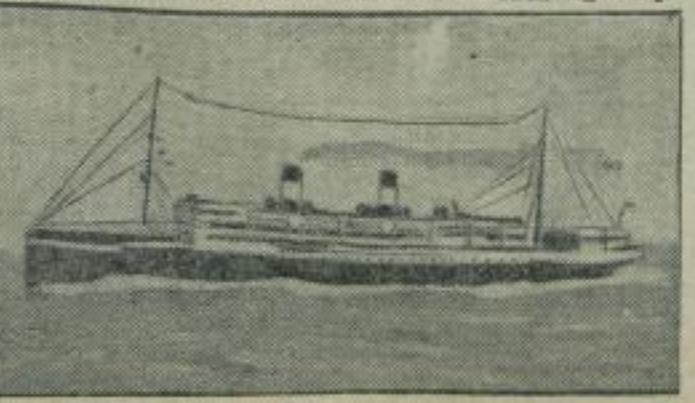
## Um die Todesstrafe.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich bei Beratung des neuen Strafgesetzbuches mit dem Problem der Todesstrafe. Der Berichterstatter Abg. Rosenfeld (Soz.) wies darauf hin, daß die Todesstrafe durch die Verfassung von 1848 ganz abgeschafft wurde, aber die Abschaffung nur in Anhalt, Sachsen, Bremen und Oldenburg durchgeführt wurde. Gegenwärtig hätten in Europa nur 22 Staaten die Todesstrafe abgeschafft, 24 nicht. Drei Staaten vollstrecken sie nicht. Der Redner geht dann auf die Bestimmungen des gegenwärtigen Entwurfs ein. Seine Vorschriften seien ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand, aber sie reichten nicht aus, dem modernen Empfinden zu genügen. Der Berichterstatter Papf (D. V.) erklärte, in der Vorlage sei ausreichend für eine Abschaffung der Todesstrafe gefordert. Dr. Rosenfeld habe die Empfindungen der Würde geschädigt, aber an die Empfindungen der Gerechtigkeit und ihrer Angehörigen nicht gedacht. Ungleichheit des Rechtes in dieser Beziehung sei nicht so schlimm. Die großen, in dem Stadium der Entwicklung stehenden Länder hätten sämtlich die Todesstrafe aufrechterhalten, nur die kleinen Staaten hätten sie abgeschafft. Der Berichterstatter forderte, daß die Todesstrafe in Deutschland aufrechterhalten bleibe.

## Die Schiffskatastrophe in Südamerika

### Ein 12000-Tonnen-Dampfer gesunken.

Mehrere hundert Personen werden vermisst. Der italienische Dampfer „Principessa Masalda“ ist 130 Kilometer von Bahia entfernt auf einen Felsen aufgelaufen, explodiert und gesunken. An Bord befanden sich nahezu 1200 Personen, darunter 908 Passagiere. Das Unglück ereignete sich um 7 Uhr abends südamerikanischer Zeit, als gerade die meisten Passagiere sich beim Abendessen befanden. Durch die eintretende Dunkelheit wurde das Rettungsunternehmen außerordentlich erschwert. Die Passagiere kämpften sich auf die Boote und Planen, andere sprangen in Schwimmwesten über Bord. Der Dampfer gab sofort Hilfe (S. D. S.)-Rufe, auf die vier große Schiffe



Das Unglücksschiff „Principessa Masalda“.

## Bergungsarbeiten bei Nacht.

Das Rettungsunternehmen gestaltete sich außerordentlich dramatisch, da die „Masalda“ in sehr kurzer Zeit unterging. Sofort nach der Explosion bog sich das Schiff zur Seite. Alles lief zu den Rettungsbooten, so daß die Offiziere mit der Waffe in der Hand für Ordnung sorgen mußten. Nach einem alten Seemannsbrauch müssen zuerst Frauen und Kinder bei einem Schiffsuntergang in die Rettungsboote gebracht werden, dann die männlichen erwachsenen Passagiere, darauf die Schiffsbefahrung und dann erst der Kapitän. Die Passagiere bestanden zum größten Teil aus italienischen Auswanderern, die im fernsten Amerika eine neue Heimat finden wollten. Auch der berühmte Tenor Gigli soll sich auf dem Dampfer befunden haben, um in Buenos Aires Konzerte zu geben. Soweit bisher bekannt ist, waren keine Deutschen an Bord der „Masalda“.

## Das Totenschiff.

Der 12000-Tonnen-Dampfer gehört zu den modernsten Schiffen, die die italienische Handelsflotte besitzt.